Schönburger Tageblatt

und

Waldenburger Anzeiger.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Annahme von Inseraten bis Vorm. 10 Uhr des Ausgabetages. Bezugspreis monatlich 4.25 Mk., im voraus zahlbar, durch die Post bezogen monatlich 4.30 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pfg. Inseratenpreis 1 Zeile 43 mm breit 75 Pfg., Reklamezeilenpreis 2 Mk., die dreigesp. Zeile im amtlichen Teile 1.50 Mk. Nachweisungsgebühr 25 Pfg. Nachlaß nach festem Tarif.

Fernsprecher Nr. 9. Postschließfach Nr. 8.

Filialen: in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Strumpfwirker Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Frau Emma verw. Stiegler; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Wolkenburg bei Herrn Linus Friedemann und in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Gemeindeverbands-Giro-Konto Waldenburg Nr. 16. — Bankkonto Vereinsbank zu Colditz Geschäftsstelle Waldenburg i. Sa.

Postscheckkonto beim Postscheckamt Leipzig Nr. 4436.

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Waldenburg.

Zugleich weit verbreitet in den Ortschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Beräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkenburg und Ziegelheim.

Nr. 162. Freitag, den 16. Juli **1920.**

Witterungsbericht aufgenommen am 15. Juli, Mittags 12 Uhr: **Barometerstand** 764 mm reduziert auf den Meeresspiegel **Thermometerstand** + 26° C. (Morgens 8 Uhr + 21° C. Tiefste Nachttemperatur + 11° C.) **Feuchtigkeitsgehalt** der Luft nach Lamprechts Polymeter 30%. **Taupunkt** + 9°. **Windrichtung** Südwest. **Niederschlagsmenge in** den letzten 24 Stunden bis früh 7 Uhr: 0,0 mm. Daher **Witterungsaussichten** für den 16. Juli: Halbheiteres Wetter. Gewitterneigung.

Drohende Besetzung des Ruhrgebietes.

In Spaa fand am Mittwoch ein Kabinettsrat statt.

2 Millionen Tonnen Kohlen oder Besetzung des Ruhrgebietes.

In Berlin kam es zu Lebensmittelkrawallen.

Der Entwurf eines Reichswehrgesetzes wird dem Reichstag im Herbst zugehen.

Die Wahl eines Reichspräsidenten findet erst nach der Abstimmung in Oberschlesien statt.

Auf Feldmarschall v. Hindenburg wurde am Montag Abend ein Mordüberfall verübt.

Die Polen erheben gegen die Abstimmung in West- und Ostpreußen Protest.

In Ostpreußen herrscht große Begeisterung über den deutschen Abstimmungssieg.

Deutsche Arbeiter wandern von Stettin nach Rußland aus.

Lloyd George will sich von den Verhandlungen in Spaa zurückziehen.

Polen steht am Ende seiner Kräfte.

Die Russen sind auf dem Marsch nach Warschau.

Die Flucht aus Polen nimmt zu.

***Waldenburg,** 15. Juli 1920.

In der Kohlenfrage herrschen noch immer unüberbrückbare Gegensätze. Auch das Abstimmungsergebnis in West und Ostpreußen scheint auf die Alliierten stark eingewirkt zu haben. Reichsminister Dr. Simons entwickelte am Dienstag in der Nachmittagssitzung die Gründe, aus denen heraus es unmöglich sei, eine bindende Zusage in der Kohlenlieferung zu machen. Er betonte hierbei, wenn in Oberschlesien für Ruhe gesorgt würde, so sei eine nicht unerhebliche Steigerung der Kohlenlieferung zu erwarten. Es würde daher nötig sein, die Abstimmung in Oberschlesien so bald wie möglich anzusetzen. Er regte hierbei an, ob es nicht überhaupt besser sei, die Abstimmung ganz aufzuheben. Der Präsident der Konferenz de la Croix erwiderte hierauf, daß diese Anregung die Konferenz mit größten Bedauern erfülle und eine ernste Lage schaffe. Er vertagte alsdann die Sitzung auf unbestimmte Zeit, ohne daß es zu einem Beschluß gekommen wäre. Unter den Teilnehmern der Konferenz herrscht große Erregung.

Die europäischen Völker werden mit sehr gemischten Gefühlen die Verhandlungen in Spaa verfolgen, denn was sich hier abspielt, ist eine unerhörte Quälerei eines großen Volkes. Die Zumutung von Unmöglichkeiten soll sogar noch unter Strafe gestellt werden. Man mag uns in den gegnerischen Ländern sehr hassen, aber einfache Leute werden doch sagen, daß wir eine solche Behandlung nicht verdienen, daß wir durch das, was wir erlitten haben, schon genug „gestraft" worden sind.

In französischen und englischen Zeitungen fehlt es nicht an Aeußerungen, daß Deutschland nicht zugemutet werden könne, so harte Bedingungen zu erfüllen, wenn ihm keine Gelegenheit gegönnt werde, sich zu erholen, ja auch nur aufzuatmen. Es hat den deutschen Rednern, die den Wortführern der Entente gründlich Bescheid gesagt haben, besonders dem energischen und schlagfertigen rheinischen Großindustriellen Stinnes, den wir als Minister mit „Haaren auf den Zähnen" gebrauchen könnten, nicht an starkem Beifall im Auslande gefehlt, aber leider dürfen wir nicht erwarten, daß die Entente-Politiker sich prinzipiell belehren lassen werden, um in Zukunft nach anderen Grundsätzen als bisher zu verfahren. Und die Stimmen, welche in England und Frankreich für uns sprachen, sind zu schwach, als daß sie wirklich helfen könnten. Eine großzügige Bewegung, wie sie die deutschen Arbeiter von ihren Kameraden in den Ententestaaten erwartet hatten, blieb bei dem Friedensvertrage von Versailles aus und ist heute noch weniger zu erwarten.

Die Konferenz in Spaa beweist, daß Wilsons Völkerbund nur auf dem Papier steht, daß auch Amerikas Einfluß in allen Angelegenheiten, die Deutschland betreffen, ausgeschaltet ist. Wir bleiben trotz der Sympathie anderer Völker auf uns selbst angewiesen, und die Gedanken der Optimisten, daß England und Frankreich sich dermaßen vereinigen würden, daß wir wirklich Nutzen davon hätten, bleiben in der Hauptsache unerfüllt. Frankreich hat sich wohl vor Lloyd George so weit gebeugt, daß dieser sich als Sieger fühlen konnte und deshalb die französischen Interessen wahrgenommen hat. Und das schließt aus, daß er sich einmal aufrichtig als Helfer in der Wiederaufrichtung Deutschlands erweisen könnte. Die Hoffnung von einer neuen Annäherung der Völker aneinander bleibt unerfüllt. Das Hindernis liegt weniger in der Abneigung oder gar in dem Haß der Nationen gegeneinander, als wie schon im Weltkriege am Herrschaftswillen der führenden feindlichen Männer. Die Politik erweist sich als mächtiger, als die Menschlichkeit. Als die Konferenz von Spaa feststand, tauchte der schöne Traum auf, wenn Deutschland und seine Gegner an einem Tische sitzen, wird sich viel ändern. Der Traum ist aus, mögen schließlich jetzt oder in der Folge infolge wachsenden deutschen Widerstandes einige Milderungen herauskommen. Lloyd George sagte, er habe kein Mißtrauen gegen die deutsche Regierung. Aber er handelt nicht darnach, so daß also auch seine Worte nichts nützen. Wir müssen warten, bis andere Männer kommen, die vielleicht anders denken werden. Aber die Völker haben den Schaden davon, Handel, Industrie, Gewerbe leiden überall.

Das Abstimmungsergebnis in West- und Ostpreußen scheint den Alliierten in Spaa stark auf die Nerven gefallen zu sein. Der Oberste Rat hat sich bereits damit beschäftigt. Er hat beschlossen, die Entscheidung über die staatsrechtliche Zugehörigkeit der Abstimmungsgebiete am Montag Abend in der letzten Juliwoche zu fällen. Ja es ist bereits die Rede davon, das oberschlesische Gebiet zu internationalisieren. Das wäre ein offener Bruch des Friedens von Versailles. Damit würde ein Gewitter heraufziehen, dessen Folgen unübersehbar wären.

Politische Rundschau

Deutsches Reich.

Reichspräsident Ebert, Reichskanzler Fehrenbach und das preußische Staatsministerium sandten Danktelegramme nach Ost und Westpreußen.

Am Montag Abend gegen 7½ Uhr drang ein 20jähriger Bursche in die Wohnung des Feldmarschalls v. Hindenburg ein. Als dieser einen Diener rufen wollte, entspann sich zwischen ihm und dem Eindringling ein hartnäckiges Ringen, wobei der Verbrecher einen Revolver zog und auf den Feldmarschall schoß, der glücklicherweise nicht getroffen wurde. Man vermutet, daß ein Einbruch geplant war.

Die Polen erheben gegen die Abstimmung in West- und Ostpreußen Protest, da sie nicht in der Lage gewesen wären, die notwendigen Wahlvorbereitungen zu treffen. Viele Polen haben angeblich für Deutschland gestimmt.

Die aus dem ostpreußischen Abstimmungsgebiet einlaufenden Berichte bekunden, daß der glänzende Sieg des Deutschtums überall große Begeisterung hervorgerufen hat. Die einzelnen Ergebnisse, die ein überwältigendes Uebergewicht über die fast völlig verschwindende polnische Minderheit aufwiesen, wurden bei der Bekanntgabe jubelnd begrüßt. Mehrfach wird berichtet, daß noch in der Nacht Umzüge mit Fackeln stattfanden. Freudenfeuer loderten zum Himmel empor, und die Kirchenglocken begrüßten den Sieg der deutschen Einheit und Geschlossenheit. Kein Mißton störte die allgemeine Freude, von der alle deutschen Volkskreise ohne Unterschied des Standes und Berufes ergriffen waren.

Die totale Niederlage, die die Polen bei der Abstimmung in Ost- und Westpreußen erlitten haben, sollte der Entente und der ganzen Welt die Augen darüber öffnen, was uns nicht nur mit der Abstimmung, sondern auch mit der Abstimmung im Osten zugemutet ist an Ungerechtigkeit und an Entstellung. Nicht nur die Deutschen, sondern auch ein erheblicher Teil der polnisch sprechenden Bevölkerung will von der politisch unfähigen und finanziell halb bankerotten Republik Polen nichts wissen, und deshalb sollte ohne weiteres durch das Abstimmungsdekret für Oberschlesien ein dicker Strich gemacht werden. Wenn die Franzosen den Polen heimlich Oberschlesien versprochen haben, wie in Warschau behauptet wird, so war das eine Handlungsweise, die sich selbst richtet und die gar nicht eingehalten werden kann. Das sollte von den deutschen Vertretern in Spaa energisch zur Sprache gebracht werden. Aber mehr noch: Auch die Hergabe von Posen und des Weichsellandes an Polen ist nicht stichhaltig zu nennen. Wenn es zur Abstimmung in diesen Gebieten käme, so ist es sehr fraglich, ob eine Mehrheit für Polen herauskommen würde. Die polnische Wirtschaft ist eine derartige, daß der größte Teil der neuen polnischen Untertanen sie bis zum Halse satt hat.

Seitens aller Parteien ist in der preußischen Landesversammlung der Antrag eingebracht, bei der Reichsregierung zu veranlassen, den Ehrensold der alten Kriegsveteranen entsprechend der Geldentwertung zu erhöhen.

Am Mittwoch Vormittag 10 Uhr ward in Spaa ein Kabinettsrat abgehalten, um Stellung zu der Unterbrechung der Verhandlungen auf unbestimmte Zeit zu nehmen und Beschluß über das weitere Verhalten der deutschen Delegierten zu fassen.

Am Mittwoch Mittag ist der Ausschuß des Reichstags für auswärtige Angelegenheiten unter dem Vorsitz Dr. Stresemanns zu einer geschäftlichen Besprechung zusammengetreten. An ihr nahm auch der aus Spaa zurückgekehrte Reichsjustizminister Dr. Heinze teil, der einen kurzen Bericht erstattete. Die Zusammenkünfte des Ausschusses sollen von nun an täglich erfolgen.

In Spaa hatte Stinnes am Mittwoch früh eine neue Besprechung mit den französischen Sachverständigen, die über eine halbe Stunde dauerte.

Der am 28. Juli wieder zusammentretende Reichstag wird sich in seiner ersten Sitzung mit dem Ergebnis der Konferenz in Spaa befassen. An die Erklärungen des Reichsministers dürfte sich eine politische Aussprache knüpfen. Die Unabhängigen werden nach Schluß der Aussprache ein neues Mißtrauensvotum gegen die bürgerliche Regierung beantragen.

Das Reichsgericht hat das von der Internationalen Kommission für Oberschlesien eingesetzte Oberste Gericht für rechtsungültig und seine Entscheidungen für rechtsunverbindlich erklärt.

Das Reichskabinett hat beschlossen, die Wahl des Reichspräsidenten erst nach der Abstimmung in Oberschlesien stattfinden zu lassen.

Der Entwurf eines Pensionsergänzungsgesetzes über die endgültige Regelung der Ruhegehälter ist jetzt dem Reichskabinett zur Beratung zugegangen. Der Entwurf eines Reichswehrgesetzes wird dem Reichstag im Herbst zugehen.

Im Laufe des Dienstag haben in Berlin Lebensmittelkrawalle begonnen. Zu Unruhen kam es in Lichtenberg, Moabit und dem Kottbuser Viertel. In der Tilsiter Straße wurden die Geschäfte von der erbitterten Menge gestürmt und die Herabsetzung der Preise bis auf 50 Prozent erzwungen. Die Sicherheitspolizei war den ganzen Tag in Alarmbereitschaft.

Der erste Transport deutscher Auswanderer nach Sowjetrußland hat Stettin verlassen, um auf dem Seewege Reval zu erreichen. Der Transport besteht aus 200 Männern, fast ausschließlich Metallarbeitern und Bauhandwerkern. Die kleine Gruppe hat von der Sowjetregierung Nachricht erhalten, daß sie in der russischen Industriestadt Kolomna, 120 Kilometer von Moskau entfernt, Quartier erhalten wird. In Kolomna befinden sich Eisenbahnwerkstätten, in denen die deutschen Arbeiter Beschäftigung finden sollen. In den nächsten Tagen sollen mehrere Abteilungen von tausend Auswanderern nach Rußland abgehen, da die Reichsregierung jetzt nach längeren Verhandlungen Ausreiseerlaubnis in grö-

SLUB Wir führen Wissen. MUSEUM Naturalienkabinett WALDENBURG